

Vizepräsident Eduard Oswald

- (A) Bevor wir zur Abstimmung kommen, darf ich herzlich Staatsminister Michael Link begrüßen, der auf der Regierungsbank Platz genommen hat. Bisher saß er in unseren Reihen. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer neuen Aufgabe!

(Beifall)

Sie werden sehen: Man geht nicht immer so freundlich mit Ihnen um. Genießen Sie also den Augenblick.

(Heiterkeit)

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 17/8486. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Annahme des Antrags der Fraktionen von CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/6315 mit dem Titel „Digitalisierungsoffensive für unser kulturelles Erbe beginnen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenprobe! – Das sind die Oppositionsfraktionen. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Unter Buchstabe b empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/6296 mit dem Titel „Kulturelles Erbe 2.0 – Digitalisierung von Kulturgütern beschleunigen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenprobe! – Das sind die Fraktion der Sozialdemokraten und Teile der Fraktion Die Linke. Enthaltungen? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Teile der Fraktion Die Linke. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

- (B) Weiterhin empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/6096 mit dem Titel „Die Digitalisierung des kulturellen Erbes als gesamtstaatliche Aufgabe umsetzen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenprobe! – Das ist die Fraktion Die Linke. Enthaltungen? – Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe d seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/8164 mit dem Titel „Rechtssicherheit für verwaiste Werke herstellen und den Ausbau der Deutschen Digitalen Bibliothek auf ein solides Fundament stellen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenprobe! – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Das sind die Fraktion der Sozialdemokraten und die Linksfraktion. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt 10 a bis f auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Heinz Paula, Dr. Wilhelm Priesmeier, Willi Brase, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft stärken

– Drucksache 17/7186 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (f)

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Haushaltsausschuss

(C)

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wilhelm Priesmeier, Petra Crone, Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Gemeinsame europäische Agrarpolitik nach 2013 weiterentwickeln

– zu dem Antrag der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Cornelia Behm, Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gemeinsame europäische Agrarpolitik nach 2013 – Förderung auf nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft ausrichten

– Drucksachen 17/2479, 17/4542, 17/5299 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Franz-Josef Holzenkamp

Dr. Wilhelm Priesmeier

Dr. Christel Happach-Kasan

Dr. Kirsten Tackmann

Friedrich Ostendorff

- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wilhelm Priesmeier, Heinz-Joachim Barchmann, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

(D)

Gemeinsame Europäische Agrarpolitik nach 2013 – Konzept zum „Greening“ der Direktzahlungen vorlegen

– Drucksachen 17/6299, 17/7413 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Franz-Josef Holzenkamp

Dr. Wilhelm Priesmeier

Dr. Christel Happach-Kasan

Dr. Kirsten Tackmann

Friedrich Ostendorff

- d) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Heinz Paula, Dr. Wilhelm Priesmeier, Sören Bartol, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Klare Regelungen für Intensivtierhaltung

– Drucksachen 17/6089, 17/7198 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dieter Stier

Heinz Paula

Vizepräsident Eduard Oswald

(A) Hans-Michael Goldmann
Alexander Süßmair
Friedrich Ostendorff

- e) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Gemeinsame Europäische Agrarpolitik ab 2014 sozial und ökologisch ausrichten

– Drucksache 17/8378 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (f)
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- f) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Cornelia Möhring, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Agrarförderung in Deutschland und Europa geschlechtergerecht gestalten

– Drucksachen 17/5477, 17/6385 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Christoph Poland
Dr. Wilhelm Priesmeier
Dr. Christel Happach-Kasan
Dr. Kirsten Tackmann

(B) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Erster Redner in unserer Debatte ist für die Fraktion der Sozialdemokraten unser Kollege Dr. Wilhelm Priesmeier. – Bitte sehr, Herr Kollege Dr. Priesmeier.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich nach rechts blicke, bin ich ein wenig traurig; denn die Regierung ist, aus welchen Gründen auch immer, heute Abend nicht mehr vertreten.

(Zuruf von der FDP: Die Regierung ist doch vorhanden!)

An sich wollte ich die Gelegenheit nutzen, die Ministerin für den von ihr initiierten Charta-Prozess zu loben. Damit hat sie wahrlich einen wichtigen Anstoß in der Debatte geliefert. Nur, wenn ich mir das Ergebnis anschau, kann ich nur sagen: mangelhaft, unzureichend, nicht zu Ende gedacht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was angekündigt worden ist, bedarf zweifellos noch der Umsetzung. Ich hoffe, dass das, was verkündet wor-

den ist – Änderung der Düngeverordnung, Verbesserungen im Tierschutz –, endlich real wird. Angesichts der Debatte innerhalb der CDU/CSU-Fraktion habe ich allerdings erhebliche Zweifel. Die Landesgruppe Niedersachsen hat ja gerade beschlossen, sich einem Verbot des Schenkelbrands nachhaltig zu widersetzen, und Herr Kollege Stier verweigert als tierschutzpolitischer Sprecher der Unionsfraktion der Ministerin seine Unterstützung. Die Frage ist: Hat die Ministerin für diese Politik überhaupt noch eine klare und deutliche Mehrheit? Ich glaube nicht. (C)

In anderen Bereichen mangelt es ebenfalls. Wir Sozialdemokraten haben schon vor einigen Jahren gefordert, den Tierschutz-TÜV umzusetzen. Das wird auch von Niedersachsen befürwortet, dem Land, in dem es regional verdichtete, intensive Tierhaltung gibt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt nimmt die Regierung diese Umsetzung nicht in Angriff. Ich habe Defizite genannt, die aufgearbeitet werden müssen. Ich glaube, angesichts des jetzigen Zustands dieser Koalition wird das wohl kaum gelingen, zumindest nicht im Bereich der Agrarpolitik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen endlich beginnen, die Agrarpolitik im Hinblick auf das, was wir nach 2013 neu zu gestalten haben, auszurichten. Wir brauchen eine moderne Agrarpolitik und nichts, was im Sinne dessen ist, was uns hier von der Koalition bislang geboten worden ist. Dabei beziehe ich mich auch auf das, was in den Brüsseler Gesprächen bislang verhandelt worden ist. Wir sollten diesen Wandel als Einstieg in den Ausstieg aus den Zahlungssystemen begreifen. Insofern, glauben wir Sozialdemokraten, ist das bisherige System der ersten Säule nur noch ein Übergangssystem. Wir hoffen, dass dieses System, das an sich als Übergangssystem geplant war, 2020, wenn es fast 30 Jahre alt ist, endlich ausläuft; denn wir brauchen die Ressourcen in diesem Bereich auch für eine zielgerichtetere Politik, die mit weniger finanziellen Ressourcen – sie sind ja allenthalben knapp – versucht, ein Maximum an Wirkung, ein Maximum an Veränderung und ein Maximum an Stabilität im ländlichen Raum zu erreichen. (D)

(Beifall bei der SPD – Ulrich Kelber [SPD]: Die Regierung hat den Weg in unserem Raum auch schon gefunden!)

Schauen Sie sich doch einmal interessehalber den Vorschlag zur Durchführung der Zahlungen an. Ich kann nur anregen, über Art. 14 dieser Verordnung nachzudenken und ihn nicht einfach pauschal abzulehnen. Dieser Artikel eröffnet die Möglichkeit, aufgrund des Plafonds, den wir in Deutschland haben, aus der ersten Säule 510 Millionen Euro in die zweite Säule zu verlagern. Ich kann nur dazu ermuntern, sich Art. 34 dieser Verordnung zu Gemüte zu führen. Dieser Artikel eröffnet die Möglichkeit, in der ersten Säule unmittelbar das zu tun, was man sonst in der zweiten Säule tut, nämlich benachteiligte Gebiete zu fördern. Das macht Ressourcen in der zweiten Säule frei, die von den Ländern eh kaum noch kofinanzieren ist. Diese Ressourcen können wir nutzen, um die zusätzlichen 510 Millionen Euro zu kofinan-

Dr. Wilhelm Priesmeier

- (A) zieren und um anzufangen, damit eine wirklich effektive Politik für den ländlichen Raum zu gestalten.

Die Ministerin hat eingeräumt, dass es Defizite gibt, vor allen Dingen im Hinblick auf die Bewältigung des demografischen Wandels. Das ist richtig. Wir dürfen über dieses Problem aber nicht nur reden, sondern wir müssen es endlich anpacken und müssen handeln.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Sinne kann ich nur an alle appellieren: Fangen Sie endlich an, eine vernünftige, zukunftsfähige Agrarpolitik zu machen! Zögern Sie nicht! Setzen Sie um, was an sich richtig ist! Wir Sozialdemokraten können Ihnen da Nachhilfe geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank, Kollege Dr. Priesmeier. – Nächster Redner in unserer Debatte ist für die Fraktion der CDU/CSU unser Kollege Hans-Georg von der Marwitz. Bitte schön, Kollege von der Marwitz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Hans-Georg von der Marwitz (CDU/CSU):

- (B) Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung hat im Agrarpolitischen Bericht 2011 ein klares Leitbild für die deutsche Landwirtschaft formuliert. Sie soll leistungsfähig sein und nach dem Grundprinzip der Nachhaltigkeit wirtschaften. Ich meine, dieser Vorstellung wird am ehesten der bäuerliche Familienbetrieb gerecht, der in seiner Heimatregion verwurzelt ist und dörfliches Leben intensiv mitgestaltet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

„Bäuerlicher Familienbetrieb“, manch einem scheint dieser Begriff überholt zu sein. Nennen Sie es von mir aus: inhabergeführtes Agrarunternehmen. Entscheidend ist die den bäuerlichen Berufsstand prägende Kombination aus Eigentum und Arbeit,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

aus unternehmerischer Initiative und Verantwortung für die nächste Generation.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe nimmt ständig ab. Das muss uns zu denken geben. Natürlich gibt es immer einen Strukturwandel, der unter anderem mit dem Generationswechsel, auch mit der Technisierung zusammenhängt. Aber eines steht fest: Je weniger Betriebe, desto weniger Selbstständige, desto weniger Vielfalt, desto weniger Engagement im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Sie reden wie die Opposition!)

(C)

In Brandenburg erlebe ich Betriebskonzentrationen in bisher nicht vorstellbaren Ausmaßen. Außerlandwirtschaftliche Investoren kaufen einen Landwirtschaftsbetrieb nach dem anderen, meist die wirtschaftlich schwachen Nachfolger ehemaliger LPG. Die Firmensitze dieser Investoren befinden sich oft weit entfernt von den Betrieben. Die Gewinne werden zumeist nicht in der Region investiert, sondern fließen ab an Eigentümer, Gesellschafter oder Aktionäre, die persönlich oft keinen Bezug zur Landwirtschaft und zu den Dörfern haben.

Die systematische Konzentration der Landwirtschaft in den Händen weniger Holdings bzw. Konzerne kann nicht Ziel unserer Agrarpolitik sein.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuerufe von der SPD)

– Jetzt warten Sie mal ab, meine Herren. Ich freue mich ja, dass die Opposition so viel Spaß an mir hat.

Wir stehen für eine vielfältige Landwirtschaft, für aktive, heimatverbundene Landwirte und deren Familien. Deshalb ist es so wichtig, dass wir die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik mitgestalten und die Fördermechanismen grundlegend überarbeiten. Die Agrarsubventionen sind der zentrale Hebel, um Entwicklungen zu beeinflussen.

(D)

Die wichtigste Frage zur GAP-Reform lautet: Wohin soll sich die Landwirtschaft in Deutschland und der EU bis 2020 entwickeln?

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie ja gerade schon gesagt!)

Was wollen Verbraucher und Erholungssuchende? – Naturschutz, Erholungsraum, lebendige Dörfer, vielfältige Landschaften und nicht zuletzt günstige Nahrungsmittel, die zugleich gesund sind und umweltgerecht erzeugt werden. Das klingt ein bisschen wie die Quadratur des Kreises.

(Ulrich Kelber [SPD]: Nein!)

Wollen wir uns diesen Zielen zumindest annähern, brauchen wir Strukturen, die Privatinitiative und verantwortliches Handeln miteinander verbinden. Die meisten Vorschläge der Europäischen Kommission vom 12. Oktober 2011 gehen in die richtige Richtung. Ob allerdings das Vorhaben, 7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche eines Betriebes als sogenannte ökologische Vorrangflächen bereitzustellen, zielführend ist, muss gut überlegt werden. Es gehört zur Gemeinsamen Agrarpolitik, für mehr Umweltschutz innerhalb der Landwirtschaft einzutreten. Der Weg, dies über ökologische Vorrangflächen zu erreichen, erschließt sich aber jedenfalls mir nur unzureichend.

Wie halten wir es außerdem mit der von der EU vorgeschlagenen Kappung oder Degression der Direktzah-

Hans-Georg von der Marwitz

- (A) lungen? Sie wissen, dass ich ein Befürworter dieses Vorschlags bin.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich auch!)

Ich weiß, dass ich damit verhältnismäßig einsam in meiner Fraktion bin.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei uns nicht! – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei uns wärst du nicht einsam!)

Dennoch: Zurzeit laufen wir Gefahr, mit EU-Mitteln einen negativen, durch Konzentration gekennzeichneten Strukturwandel zu fördern.

Ich glaube, dass die rund 11 Milliarden Euro, die Deutschland jährlich zum EU-Agrarhaushalt beisteuert und für die jeder deutsche Steuerzahler jährlich im Durchschnitt 140 Euro zahlt, besser für leistungsstarke Familienbetriebe, für eine breite Streuung des Eigentums, für eine gesunde Diversifizierung der Landwirtschaft sowie für lebendige ländliche Räume eingesetzt werden sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Steuerzahler möchte mit seinem Geld Agrarstrukturen unterstützen, die diesen Zielen zuwiderlaufen.

- (B) Auch die ökologische Landwirtschaft hat in Deutschland einen hohen Stellenwert. Deshalb verankerte die Bundesregierung auf Empfehlung des Rates für Nachhaltige Entwicklung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel, die ökologische Anbaufläche auf 20 Prozent der deutschen Agrarfläche auszuweiten. Zugegeben, eine zeitliche Vorgabe für die Umsetzung dieser Maßnahme gibt es noch nicht. Aber der Kurs ist klar.

Ich bin froh über den Bedeutungszuwachs der ökologischen Landwirtschaft. Leider wächst vor dem Hintergrund von Lebensmittelskandalen und Etikettenschwindel das Misstrauen auch gegenüber dem ökologischen Landbau. Der Verbraucher in Deutschland ist gut beraten, wenn er sich an den Siegeln der Ökoverbände, zum Beispiel Demeter, Bioland oder Naturland, orientiert. Ihre Kontrollen sind wesentlich weitreichender und strenger als die unter dem deutschen Bio-Siegel.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, natürlich unterstützen wir auch die ökologische Landwirtschaft. Jeder verantwortlich denkende Landwirt – egal ob er biologisch oder konventionell arbeitet – fühlt sich dem Grund und Boden verpflichtet und hat ein ureigenes Interesse daran, natürliche Ressourcen und Tiere pfleglich zu behandeln. Er wird stets alles daransetzen, dem Boden das zurückzugeben, was ihm genommen wurde, um ihn für künftige Generationen zu erhalten.

(C) Darum geht es – nicht, wie Sie es zum Teil verengt darstellen, um Arbeitsmarktpolitik, Weltanschauung oder etwa Geschlechterfragen. All dies greift zu kurz. Die positiven Aspekte, die wir fördern wollen, sind viel weitreichender. Dazu gehören vor allem die Schaffung eines Bewusstseins für den Umgang mit Lebensmitteln, Tieren und natürlichen Ressourcen, die Stärkung regionaler Lebens-, Arbeits- und Vermarktungskreisläufe sowie der Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Ökolandbau ist Bestandteil einer zukunftsweisenden, multifunktionalen Agrarwirtschaft, für die auch ich mich einsetze.

Zum Schluss möchte ich sagen: Nutzen wir die nächsten Monate, um unsere Überzeugungen in die Reform der GAP einfließen zu lassen. Bemühen wir uns, strategisch in die Zukunft zu planen, zum Wohle von und im Einklang mit möglichst vielen Akteuren, Landwirten und Verbrauchern, Kulturfreunden und Naturliebhabern, und nicht zuletzt für uns alle, die wir von einer lebendigen, vielfältig verwurzelten Landwirtschaft profitieren. Immerhin gestalten wir Agrarpolitik für die nächsten sieben Jahre.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Eduard Oswald:

(D) Vielen Dank, Kollege von der Marwitz. – Jetzt für die Fraktion Die Linke unsere Kollegin Frau Dr. Kirsten Tackmann. Bitte schön, Frau Dr. Tackmann.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Politik sollte eigentlich immer vom Ende gedacht werden. Deswegen hat die Linke bei der Agrarpolitik ein klares Ziel: Wir wollen Agrarbetriebe, die vor Ort verankert sind, die fair bezahlte Arbeitsplätze in den Dörfern schaffen oder erhalten und die mit Natur und Umwelt verantwortungsvoll umgehen. Was wir nicht wollen, ist auch klar: den Griff von Industriellen, Banken oder Energiekonzernen nach unseren Äckern. Ihre ebenso kurzfristigen wie hohen Renditeerwartungen gehen nämlich auf Kosten der Beschäftigten, der Umwelt und auch der Dörfer.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie treiben die Pacht- und Bodenpreise in eine Höhe, die durch landwirtschaftliche Arbeit nicht refinanziert werden kann. Das ist eine bedrohliche und aus unserer Sicht völlig inakzeptable Entwicklung. Wenn wir das aber nicht wollen, dann müssen wir die landwirtschaftlichen Betriebe stärken. Dazu gehört eine kluge und gesellschaftlich akzeptierte Förderpolitik. Deshalb brauchen wir ein klares Prinzip: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Die Fördergelder müssen bei den aktiven

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Landwirten ankommen und nicht als Extrabonus für Spekulanten dienen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Erwartungen an die Landwirtschaft sind sehr hoch. Sie soll die Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln und Energie sichern, sie soll Arbeitsplätze in den Dörfern bieten und gut bezahlen, sie soll den Klimawandel verlangsamen und ihm trotzen, und sie soll die biologische Vielfalt erhalten oder wieder verbessern. Zumindest die letzten drei Punkte verursachen höhere Kosten. Die deshalb erforderlichen höheren Preise können die Agrarbetriebe auf den Märkten nicht durchsetzen, sie bekommen keine höheren Erzeugerpreise. Die Lebensmittel sollen ja auch bezahlbar bleiben. Deswegen müssen die Fördermittel bei den Betrieben ankommen, die diese zusätzlichen öffentlichen Leistungen im Interesse der Gesellschaft erbringen.

Damit das klappt, hat die Linke in ihrem heute vorliegenden Antrag der Bundesregierung für die Verhandlungen in Brüssel ein paar Hausaufgaben aufgeschrieben. Davon möchte ich einige vortragen.

Dort steht zum Beispiel, dass die Förderung unabhängig von der Größe des Betriebes erfolgen soll. Ich nenne zwei Beispiele: Die Ökohöfe Brodowin in Brandenburg bewirtschaften 1 250 Hektar nach Demeter-Richtlinien. Ist das ein böser, großer Fachbetrieb? Die Agrargenossenschaft Neuzelle bewirtschaftet 5 700 Hektar Acker- und Grünland, sie hält Schweine und Rinder und gibt damit 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Arbeit, davon zehn Auszubildenden. Warum sollen sie weniger Förderung pro Hektar bekommen? Lassen wir also das Auspielen Groß gegen Klein, und reden wir über die öffentliche Leistung pro Hektar.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehören unserer Meinung nach auch Arbeitsplätze. Deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig, auch die Lohnkosten bei der Förderpolitik zu berücksichtigen. Auch der Vorschlag zu ökologischen Vorrangflächen geht für uns in die richtige Richtung. Sie als Flächenstilllegung zu diffamieren, ist aus meiner Sicht unredlich.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Was spricht denn gegen Ackerrandstreifen, Blühstreifen, Feldgehölze, Überflutungsflächen, Wasserrand- oder Waldrandstreifen, Lerchenfenster oder gegebenenfalls auch Eiweißfutterpflanzenanbau? Eigentlich sind all das Zukunftsinvestitionen, nämlich in gute Böden, mehr biologische Vielfalt und Klimaschutz. Deshalb sollten die vorhandenen Hecken und Sölle auch auf die 7 Prozent angerechnet werden. Das fordern wir ganz klar.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir teilen auch die Forderung des EU-Kommissars nach mehr Ackerpflanzenvielfalt. Aber eine Frucht auf bis zu 70 Prozent der Ackerfläche ist nun wirklich ein Witz. Deswegen muss das auf maximal 33 Prozent vernünftig begrenzt werden; denn dann bekommen wir eine wirkliche Fruchtfolge und nicht nur einen gelegentlichen Fruchtwechsel.

(C) Auch der Erhalt des Dauergrünlandes wird von uns ganz klar unterstützt; denn wir brauchen es für die biologische Vielfalt und für den Klimaschutz, da CO₂ im Boden gebunden wird.

Zwischen 2003 und 2008 haben wir in Deutschland 3 Prozent des Dauergrünlandes verloren. Die Festsetzung eines Referenzjahres 2014 ist doch geradezu eine Aufforderung, bis zu diesem Zeitpunkt Dauergrünland umzubereiten. Deswegen muss es unbedingt ein früheres Referenzdatum geben. Das ist ganz klar unsere Forderung.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss. Die Agrarförderung muss auch geschlechtergerecht sein. Nur 8 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland werden von Frauen geleitet, und das zumeist in Teilzeit. Der Lohnunterschied zu Männern ist in den ländlichen Räumen mit über 30 Prozent sogar noch höher als in den Städten. Die Landfrauen nehmen das nicht mehr hin. Ich finde, wir müssen sie da unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In unserem Antrag „Agrarförderung in Deutschland und Europa geschlechtergerecht gestalten“ steht, was man alles tun muss, um Frauen in den ländlichen Räumen zu stärken. Deswegen bitte ich um unbedingte Zustimmung zu diesem Antrag. Im Übrigen freue ich mich auf die Diskussion unseres Antrags zur Gemeinsamen Agrarpolitik im Ausschuss.

Vielen Dank.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Tackmann. – Nächste Rednerin in unserer Debatte ist für die Fraktion der FDP unsere Kollegin Frau Dr. Christel Happach-Kasan. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Agrardebatte findet am Rande der Grünen Woche statt. Wir alle haben uns in der vergangenen Woche zu einem Rundgang getroffen. Dabei war deutlich zu spüren, dass es zwar in einigen Bereichen Gegensätze gibt, dass es aber auch eine Gemeinsamkeit der Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gibt, nämlich dass wir ländliche Räume stärken wollen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Methoden sind teilweise unterschiedlich, aber wir alle sind uns einig, dass wir die ländlichen Räume in Deutschland stärken wollen. Über 50 Prozent der Menschen leben in den ländlichen Räumen. Sie sind Heimat für sehr viele Menschen. Diese Räume sind kulturell sehr unterschiedlich; sie sind Erholungsraum, sie sind

Dr. Christel Happach-Kasan

- (A) Erlebnisraum. Wir wollen diese Räume stärken. Deswegen müssen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik darauf achten, dass das europäische Agrarmodell, das uns diese starken ländlichen Räume beschert hat, tatsächlich erhalten bleibt. Das ist die große Aufgabe.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Grüne Woche ist wohl die einzige Ausstellung, die zeigt, wie ein Produkt entsteht – in diesem Jahr ist es die Zuckerrübe –, wie es also verarbeitet und hinterher zu einem Lebensmittel wird, das fertig zum Verkauf ist. Ich glaube, die Grüne Woche ist – entgegen allen früheren Überlegungen – enorm erfolgreich und hat sich behauptet, obwohl wir 1990 dachten, dass es mit der Grünen Woche irgendwann einmal vorbei sein würde. Die Grüne Woche vollbringt eine gute Leistung.

In der Diskussion um die Gemeinsame Agrarpolitik sind wir uns der Tatsache bewusst, dass wir im Augenblick noch nicht wissen, wie viel Finanzmittel uns zur Verfügung stehen werden. Das heißt: Alle unsere Überlegungen krankten daran, dass wir gar nicht genau wissen, wie viel Geld da sein wird.

Wir sind uns darüber einig, dass wir die Belastungen der Landwirte durch Bürokratie mindern wollen; denn sie haben enorm hohe Lasten. In anderen Fragen sind wir uns nicht ganz einig. Beispielsweise wird das Greening unterschiedlich bewertet. Gleichzeitig ist uns aber allen klar, dass es uns gelingen muss, die Belastung der Natur durch Landbewirtschaftung zu mindern. In diesem Zusammenhang spreche ich ehrlicherweise als Erstes das Problem Stickstoff an;

- (B)

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Sehr richtig, Frau Kollegin, sehr richtig!)

denn dieses Problem wurde bereits vom Nachhaltigkeitsbeirat thematisiert und im Übrigen auch im Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung angesprochen. Da müssen wir ran.

(Beifall bei der FDP)

Ich teile die Einschätzung meines Kollegen von der Marwitz, dass die Kappung eine gute Maßnahme wäre, nicht. Ich lebe relativ nah an der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern. Dort gibt es gewachsene Betriebsstrukturen, die ihre Chance haben müssen. Diese Betriebe sollten sich nicht an Rechtsanwälte wenden müssen, damit sie diese Betriebsstrukturen aufteilen, so dass sie weiter Förderung erhalten können. Das halte ich nicht für gut.

(Beifall bei der FDP – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trickserei ist eh nicht gut!)

In dem Zusammenhang will ich daran erinnern, dass wir nach Göttingen eingeladen wurden und uns dort mit Studenten unterhalten haben. Die Studenten haben uns ebenfalls aufgefordert, ein solches Vorgehen auf jeden Fall abzuwenden; sie berichteten, dass es auch dort Landwirte gibt, die sich zu GmbHs zusammenschließen, um gemeinsam eine größere Fläche zu bewirtschaften.

(C) Wir sollten solchen Dingen nicht entgegenstehen. Wir sollten uns vielmehr bewusst sein, dass gerade in den ländlichen Räumen der Tourismus blüht. Bayern, ein Land mit starken ländlichen Räumen, ist gleichzeitig Ferienland Nummer eins. Ferienland Nummer zwei ist Mecklenburg-Vorpommern; hier gibt es ebenfalls große Betriebe. Ferienland Nummer drei ist Schleswig-Holstein, wo es auch große Betriebe gibt. Insofern stimme ich dem SPD-Antrag natürlich in diesem Punkt zu:

Dabei spielt die absolute Betriebsgröße keine Rolle. Wesentlich ist vielmehr die Art und Weise, wie die Betriebe bewirtschaftet werden – nämlich durch verantwortungsbewusstes Handeln der Landwirte.

Das ist vollkommen richtig; da sind wir völlig einer Meinung.

Wir wissen, dass die Herausforderungen, die an die Landwirtschaft gestellt werden, immens sind. Wir wissen: 7 Milliarden Menschen leben auf der Erde; es werden noch mehr werden. Wir wissen, dass wir deswegen eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft benötigen, um zu einer Effizienzsteigerung zu gelangen. Anders wird es nicht gelingen, dass wir alle Menschen satt bekommen.

Wir wissen auch, dass die Produktion von Biomasse für die energetische Verwertung eine weitere Herausforderung darstellt. Wir wollen unsere Wirtschaft auf Nachhaltigkeit umstellen. Das heißt, nachwachsende Rohstoffe gewinnen an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund bin ich der Meinung, dass wir eine Effizienzsteigerung brauchen. Deswegen finde ich es gut, dass die SPD in ihrem Antrag zum Ökolandbau darauf hinweist, dass wir erstens Forschung benötigen – da sind wir völlig einer Meinung – und zweitens auch im Ökolandbau eine Effizienzsteigerung brauchen. Wir können nicht damit zufrieden sein, dass die Erträge im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft teilweise nur bei 50 Prozent liegen.

- (D)

Wenn wir uns schon in diesem Punkt einig sind, dann sollten wir uns auch gemeinsam fragen: Wollen wir eigentlich solche tiefen Gräben zwischen moderner Landwirtschaft und Ökolandwirtschaft? Wäre es nicht an der Zeit, sie ein bisschen zuzuschütten?

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wäre es nicht an der Zeit, dass wir gegenseitig voneinander lernen, dass die konventionellen, die modernen Landwirte von den Ökos lernen und, umgekehrt, die Ökos von den konventionellen Landwirten? Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir in diese Richtung denken.

Insofern stimme ich dir, Kollege Priesmeier, nicht zu: Der Charta-Prozess war sehr wohl wichtig, um eine Diskussion zwischen Landwirtschaft und Zivilgesellschaft zu eröffnen, um sich mit der Landwirtschaft auseinanderzusetzen und um voneinander zu lernen; ich halte dies für ausgesprochen richtig.

Ich bedauere, dass in den Anträgen noch einige Landhüter enthalten sind. Der sogenannte Weltagrarbericht ist nun vier Jahre alt; er ist absolut überholt. Ich glaube, wir sollten nicht mehr darüber reden.

Dr. Christel Happach-Kasan

- (A) (Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Inhalte stimmen immer noch! – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Der muss fortgeschrieben werden!)

Es gibt andere Berichte, die ein deutlich realistischeres Bild von der Zukunft zeigen, beispielsweise der Bericht der britischen Regierung *The Future of Food and Farming*, den ich für deutlich sinnvoller halte.

Liebe Grüne, wenn ihr von der Landwirtschaft als „Träger biologischer Vielfalt“ schreibt, dann möchte ich doch einmal darauf hinweisen, dass auf einem Weizenacker immer Weizen steht, egal ob ihn ein Ökobauer oder ein moderner Landwirt bewirtschaftet. Nix da mit biologischer Vielfalt!

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Völliger Quatsch! Da könnte man ein bisschen in die Biologie einsteigen! Dann könnte man etwas lernen! Das wäre vielleicht hilfreich! Was für ein dummes Zeug!)

– Wir sollten schlicht und ergreifend einmal zur Kenntnis nehmen, dass das so ist. – Ich bin der Auffassung, die FDP ist der Auffassung, dass die Herausforderungen der Zukunft – –

(Unruhe bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) – Vielleicht sollten Sie erst einmal zuhören, bevor Sie hier dazwischenrufen. Es bleibt dabei: Auf einem Weizenacker steht Weizen, sonst möglichst nichts. Deshalb gibt es dort keine biologische Vielfalt; wir wollen sie dort nämlich gerade nicht haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auf dem Erdbeerfeld stehen Erdbeeren, auf dem Spargelfeld steht Spargel. Deswegen haben wir dort keine biologische Vielfalt.

Vizepräsident Eduard Oswald:

Wenn Sie bitte Ihren Schlusssatz machen.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Ich möchte gern meinen Schlusssatz sagen: Wir, die FDP, sind der Auffassung, dass nur eine unternehmerische Landwirtschaft, die Gestaltungsspielräume hat, von Bürokratie befreit ist und der von einer Wissenschaft zugearbeitet wird, die sie für die Zukunft fit macht, die Herausforderungen meistern kann.

Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Happach-Kasan. – Jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unser Kollege Friedrich Ostendorff. Bitte schön, Kollege Friedrich Ostendorff.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Herr Präsident! Liebe Damen und Herren! Meine lieben Kollegen und Kolleginnen! Ich will versuchen, an die sehr perspektivische Rede des Kollegen Hans-Georg von der Marwitz anzuschließen; aber das fällt nach der doch wieder sehr schwierigen Rede der Kollegin Happach-Kasan nicht leicht.

(Widerspruch bei der FDP)

Sie versucht, den Graben tiefer zu machen, nach dem Motto: Die konventionelle Landwirtschaft ist modern, alles andere ist irgendetwas Altertümliches.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Haben Sie überhaupt zugehört? Waren Sie in der falschen Debatte?)

Ich glaube, Sie müssen schleunigst darüber nachdenken, ob Sie daran festhalten wollen.

Das Greening ist der Kern der Reform der EU-Agrarpolitik. Es kann dazu führen, dass wir die Probleme von Klimawandel und Artenschutz endlich flächendeckend angehen können. Greening kann dazu führen, dass es insbesondere dort, wo heute eine monotone Agrarwüste ist, bunter wird und Bienen und Vögel wieder Lebensräume finden. Greening kann dazu führen, beim Ziel einer multifunktionalen Landwirtschaft in Europa endlich voranzukommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusätzlich – darauf sei hingewiesen – bieten uns allein die Art. 14, 23, 34 und 38 des Kommissionsentwurfes, wie Kollege Priesmeier schon sagte, durch ihre Umsetzung die Möglichkeit, 23 Prozent der nationalen Obergrenze von 5,1 Milliarden Euro für sinnvolle Förderung, für ländliche Entwicklung und für ökologische Leistung umzuwidmen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage ist nur: Was macht Ministerin Aigner daraus? Die Antwort kennen wir. Sie lautet wie immer: Nichts machen wir daraus!

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beschämend!)

Wie EU-Agrarkommissar Ciolos diese Woche in Berlin wieder betont hat, bewegt sich der Elefant namens Gemeinsame Agrarpolitik vorwärts. Aber anstatt diesen Elefanten zu reiten, springt die Ministerin aus Angst und Verzweiflung vor Veränderungen in die Büsche.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Bundesregierung hat in der Reformdebatte gezeigt: Sie hat keine Strategie, sie hat keine Haltung, sie hat keine Idee! Das einzige Ziel von Frau Aigner ist: Das Greening muss verhindert werden. Anstatt für Greening zu werben, verbreiten Frau Ministerin und ihr Staatssekretär Peter Bleser die Mär des Deutschen Bauernverbandes von der 7-prozentigen Flächenstilllegung. Dabei ist selbst in Frau Aigners schriftlicher Antwort auf unsere Kleine Anfrage keine Rede von Stilllegung mehr,

Friedrich Ostendorff

(A) sondern es werden bereits sehr detaillierte konkrete Vorschläge zur umweltgerechten Ausgestaltung gemacht. Das verstehe, wer will. Ich nenne es doppelzünftig.

Anstatt das Greening wasserfest zu machen, arbeitet die Ministerin an windelweichen Ausnahmeregeln. So sollen alle als irgendwie nachhaltig bezeichneten Betriebe vom Greening ausgenommen werden.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Was das in der Diktion der Ministerin heißt, ist uns bekannt; das haben Sie bei der faktischen Abschaffung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau bewiesen.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Das stimmt auch nicht! – Patrick Meinhardt [FDP]: In welchem Ausschuss sitzen Sie denn?)

– Frau Happach-Kasan, lesen Sie es nach. – Nachhaltig ist man in der Diktion der Ministerin schon, wenn man Mitglied im Deutschen Bauernverband ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Das stimmt auch nicht! Hören Sie auf mit den Verleumdungen! – Patrick Meinhardt [FDP]: Populistische Propaganda!)

Nicht einmal beim scharfen Grünlandumbruchverbot steht die Ministerin zu ihrem Wort, sondern sie redet in der „Charta für Landwirtschaft und Verbraucher“ plötzlich von einem vollkommen unscharfen Grünlanderhaltungsgebot. Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie wollen das Greening verhindern. Wir Grüne wollen aus dem Vorschlag der Kommission aber eine zukunftsfähige Reform machen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Patrick Meinhardt [FDP]: Da fallen mir einige Unterschiede ein!)

Sie laufen auf der Grünen Woche herum und erzählen sich gegenseitig, dass Sie die Größten, die Besten und überhaupt das Wichtigste sind.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Sie halten sich für das Wichtigste!)

Nur leider versteht Sie draußen im Land keiner mehr. Sie igeln sich ein in Ihrer Wagenburg und beschimpfen 23 000 Menschen, die für eine andere Agrarpolitik auf die Straße gehen.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Jetzt wird es unverschämt! Arrogant und unverschämt!)

Sie betrachten die Agrarpolitik weiter als Ihre Beute und wollen Sie im Hinterzimmer unter sich aufteilen.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Ach du lieber Gott! Gehen Sie ins Märchenland!)

Wir hingegen sagen: Wir müssen vorangehen und dürfen nicht auf der Bremse stehen. Wir müssen die Fenster aufreißen und frische Luft in die verstaubten Stuben der Agrarpolitik lassen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig!)

(C)

Wir brauchen eine offene, demokratische und transparente Agrarpolitik, gemeinsam mit unserer Gesellschaft und nicht gegen sie. Deshalb: Heraus aus dem gesellschaftlichen Abseits! Auf der DLG-Tagung wurde dies als These formuliert, von daher habe ich es zitiert.

Die nächste Bundestagswahl spätestens 2013 wird auch eine Abstimmung über Ihre falsche Politik in Europa werden. Wir freuen uns darauf; denn wir Grüne haben es schon lange satt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Patrick Meinhardt [FDP]: Unterirdische Rede vom Niveau her!)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank, Kollege Friedrich Ostendorff. – Jetzt für die Fraktion der CDU/CSU unsere Kollegin Carola Stauche. Bitte schön, Frau Kollegin Carola Stauche.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Patrick Meinhardt [FDP]: Aber jetzt! Und los! Zeigen Sie es denen!)

Carola Stauche (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute eine ganze Reihe Oppositionsanträge,

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Ihr habt ja keine! Ihr schreibt ja auch keine! – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Sie haben ja keinen dazu hingelegt!)

(D)

die wir von der christlich-liberalen Koalition natürlich alle ablehnen. Das brauche ich Ihnen sicher nicht zu sagen. Ich bin der Meinung, dass in den Anträgen einige ökologisch-romantische Ideologien vorkommen,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

die nicht immer mit einer effizienten Land- und Lebensmittelwirtschaft zu tun haben.

Ich habe etwas mit dem Kopf geschüttelt, als ich zur Vorbereitung dieser Sitzung die Anträge gelesen habe, mit denen Sie an das Hohe Haus herantreten. Lassen Sie mich einige Themen Ihrer Anträge erörtern. Im Antrag 17/7186 der SPD-Fraktion heißt es unter anderem:

Die Rahmenbedingungen sind auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene so zu verbessern, dass die Potenziale des Ökolandbaus und der ökologischen Lebensmittelwirtschaft weiter ausgebaut und die gesellschaftlichen Leistungen der Biolandwirte verlässlich honoriert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heinz Paula [SPD]: Das ist richtig! Alles richtig!)

Dazu möchte ich Ihnen als jemand, der aus der Landwirtschaft kommt, sagen, dass wir generell die Leistung aller Landwirte und deren Produkte besser honorieren müssen. Wir sind für alle da.

Carola Stauche

(A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ihre einseitige ideologische Betrachtung wird unserer konventionellen Landwirtschaft und ihren Leistungen sowohl für die Lebensmittelversorgung als auch für den Landschaftsschutz in keinsten Weise gerecht. Das ist einseitig.

Im gleichen Antrag fordern Sie zur einseitigen Förderung der Forschung in Richtung ökologische Anbausysteme auf. Wir brauchen die Förderung dort. Aber Einseitigkeit widerstrebt mir; denn wir brauchen das gute Nebeneinander von konventioneller Landwirtschaft und Ökolandbau.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aufgrund des 300-jährigen Geburtstags von Fritz dem Großen, der in den letzten Tagen gefeiert wurde,

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Friedrich heißt der! Das war der alte Fritz! Der heißt aber Friedrich der Große!)

möchte ich eines seiner bekanntesten Zitate auf die Landwirtschaft umdeuten: Jeder Landwirt muss nach seiner Fassung selig werden, egal ob als konventioneller Landwirt oder als Ökobauer.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist der entscheidende Unterschied zwischen der Opposition und der Regierungskoalition.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Er hat aber auch gesagt: Kommt zur Vernunft!)

(B) – Der sagte noch mehr.

Wir stellen es den Landwirten frei, wie sie produzieren wollen. Eine einseitige Förderung, wie von der Opposition gefordert, steht diesem Ansinnen entgegen.

Aber lassen Sie mich zu den weiteren Anträgen kommen. In dem Antrag auf Drucksache 17/2479, ebenfalls von der SPD, heißt es:

Die Zahlungen an die europäische Landwirtschaft können dauerhaft nur dann gesellschaftlich legitimiert werden, wenn sie auch qualifiziert werden. Zukünftig werden daher alle Zahlungen nur noch für konkret benannte und gesellschaftlich gewünschte Leistungen gewährt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die SPD weiß natürlich ganz genau, was die Gesellschaft wünscht.

(Heinz Paula [SPD]: Genau! Im Gegensatz zu Ihnen!)

Ihr Forderungskatalog scheint mir aber nicht so ganz durchdacht zu sein.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie leider nicht ganz verstanden!)

„Integrierte Entwicklung der ländlichen Räume“ klingt spannend. Aber dabei fehlen mir etwas die Bedürfnisse der Landwirte. Ich zitiere weiter:

Agrarinvestitionsprogramme werden nicht mehr angeboten. (C)

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch richtig!)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Was macht ein Landwirt, der sich für die Biolandwirtschaft entscheidet und umbauen will? Ich kann mir schwer vorstellen, dass das ohne Investitionsprogramme so einfach zu bewerkstelligen ist. Das gilt auch für die tiergerechte Haltung.

Auch die weiteren Anträge enthalten Aussagen oder Forderungen, die ich nicht nachvollziehen kann. So heißt es in einem SPD-Antrag zur Intensivtierhaltung, dass die intensive landwirtschaftliche Produktion von der breiten Mehrheit in der deutschen Gesellschaft abgelehnt wird. Erste Frage: Was ist intensive Tierhaltung? Ist das ein Ökobauer mit 200 Fleischrindern, der nur auf Weiden produziert und auch einen großen Stall hat? Ist auch das intensive Landwirtschaft?

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 24 Hühner auf dem Quadratmeter sind intensive Landwirtschaft!)

Die zweite Frage, die sich mir stellt, ist: Warum werden die ökologischen Produkte trotzdem nicht von der Mehrheit gekauft? Ist es der zwei- bis dreimal so hohe Preis, oder ist es die nicht wirklich bessere Qualität?

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fünffmal so hoch! – Ulrich Kelber [SPD]: Zehnmal so hoch!)

Interessanter ist für mich: Was machen wir mit unserer heimischen Landwirtschaft, wenn wir den Anträgen der Opposition folgen? Denn wenn wir komplett auf ökologische Fleischherstellung umstellen, wird das konventionell produzierte Fleisch eben aus dem Ausland importiert, und die heimische Landwirtschaft hat das Nachsehen. Das wollen wir nicht. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will aber nicht weiter auf die Unzulänglichkeiten der Anträge eingehen, sondern Ihnen noch einmal die klaren Forderungen darstellen, die wir in der christlich-liberalen Koalition haben. Wir haben eigene Antworten und eigene Forderungen, und die sind: Erhaltung der Zwei-Säulen-Struktur in der GAP; eine starke erste Säule, finanziell gut ausgestattet; klare Trennung der Maßnahmen von erster und zweiter Säule. Agrarumweltmaßnahmen sollen wie bisher aus der zweiten Säule der GAP finanziert werden. Die Landwirte müssen Anreize haben, eine größere Wertschöpfung am Markt und in der Umwelt zu erzielen. Die Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktionsart, die wir in Deutschland schon haben, müsste in allen europäischen Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Ferner soll sich die Bundesregierung dafür starkmachen, dass die Einführung einer degressiven Ausgestaltung und eine Deckelung der Direktzahlungen verhindert werden. Das ist für uns Vermischung von Agrar- und Sozialpolitik und widerspricht dem Gedanken, der den Zahlungen im Rahmen der Agrarpolitik zugrunde liegt. Es sollte keine nach Größen und Betriebsarten unterscheidende Regelung

Carola Stauche

- (A) geben; denn alle haben ihre Berechtigung, die großen Betriebe – das wurde vorhin schon gesagt – ebenso wie die kleinen und die ökologischen Betriebe.

Meine Damen und Herren – –

Vizepräsident Eduard Oswald:

Das macht nichts. Es ist ohnehin Schluss.

(Heiterkeit)

Carola Stauche (CDU/CSU):

Ja, jetzt ist Schluss.

Wir als christlich-liberale Koalition sind bereit, abseits von Ideologie und einseitiger Neuausrichtung die heimische Landwirtschaft zu unterstützen. Deshalb zitiere ich zum Abschluss Friedrich den Großen:

Unseren Dünkel müssen wir verlieren; wir sollen handeln, nicht philosophieren.

(Heinz Paula [SPD]: Das müssen Sie sich merken! Das ist gut!)

In diesem Sinne: Danke!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank, Frau Kollegin Carola Stauche. – Letzter Redner in unserer Debatte ist für die Fraktion der Sozialdemokraten unser Kollege Heinz Paula. Bitte schön, Kollege Heinz Paula.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Heinz Paula (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dioxin, Ehec, Antibiotikamissbrauch – ein Skandal folgt dem nächsten. Eine ganze Branche gerät in Misskredit. Die Verbraucher sind verunsichert.

(Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Durch Ihre Reden, ja!)

Wir sind uns hoffentlich darüber einig, dass wir eine ernsthafte Grundsatzdebatte führen können. Herr von der Marwitz, ich bedanke mich ausdrücklich bei Ihnen, weil ich während Ihrer Rede den Eindruck hatte, dass das möglich ist; anders als bei meiner Vorrednerin. In einer solchen Debatte müssen wir uns diese Fragen stellen: Wie wollen wir die Nahrungsmittelproduktion gestalten? Welche Qualität verlangen wir? Wie gehen wir mit unseren Nahrungsmitteln um? Man stelle sich vor: 20 Millionen Tonnen werden pro Jahr in den Abfall geworfen. Wir müssen uns auch fragen, welche Art der Tierhaltung wir zukünftig wollen und welche wir verantworten können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die bisherige Form der Intensivtierhaltung ist mit einer enormen Belastung für die Umwelt und einem hohen Antibiotikaeinsatz verbunden. Man stelle sich vor: Zwei Drittel der verordneten Antibiotika gehen in die Tier-

mast. Diese Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere führt zunehmend zu Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung. (C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Recht hat er!)

Alarmierende Ergebnisse wurden gestern im ZDF-Beitrag „Tödliche Keime aus der Massentierhaltung“ vorgestellt. Es geht nicht an, dass wir irgendwo verharmlosen. Wir Sozialdemokraten nehmen diese Fragen ernst. Wir fordern in unserem Antrag klare Regelungen für die Intensivtierhaltung. Wir fordern zum Beispiel eine Änderung des Baugesetzbuches. Sie hatten ja einen Vorschlag vorgelegt. Leider wurde er am nächsten Tag wieder zurückgezogen. Damit hätten wir einen konkreten Ansatzpunkt gehabt, über den wir uns hätten unterhalten können.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Aber Frau Aigner ist halt wieder einmal vor der Agrarlobby eingeknickt. Sehr bedauerlich!

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen weitere Änderungen, zum Beispiel im Bereich der Umweltgesetzgebung. Frau Happach-Kasan, bei der Stickstofffrage bin ich absolut an Ihrer Seite. Lassen Sie uns hier konsequent nach Lösungen suchen. Beim Tierschutz brauchen wir Verbesserungen. Sämtliche Verstümmelungen von Tieren sind umgehend einzustellen. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung muss dringend überarbeitet werden.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Puten haben wir gar keine!)

Wir müssen endlich Tiere wie Puten oder Kaninchen einbeziehen und vor allen Dingen die Haltungsbedingungen verbessern.

Frau Aigner redet in letzter Zeit sehr viel über das Tierwohl. Ich habe häufig den Eindruck, dass mit ihren Vorschlägen eher eine Verlängerung des Tierelends verbunden ist. Nehmen wir allein ihre Überlegungen zum Tierschutzgesetz: Die betäubungslose Ferkelkastration soll erst ab 2017 verboten sein. Was soll das bitte? Wir haben bewährte Alternativen. Lasst uns diese endlich einführen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch bei den Äußerungen zur Charta habe ich den Eindruck, dass etwas auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird. Aus dem sehr guten Diskussionsprozess müssen endlich konkrete Ergebnisse hervorgehen. Wir brauchen Ergebnisse und nicht nur Diskussionen.

Heinz Paula

(A) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Regierungskoalitionäre, die Umfrage, die Ihr Ministerium, Herr Staatssekretär, im Dezember 2011 vorgestellt hat, hat ergeben, dass über 90 Prozent der Bevölkerung Tierschutz als wichtiges Kriterium ansehen. Deshalb kann ich Ihnen nur raten: Folgen Sie diesen Wählern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Folgen Sie Ihrem Parteifreund Minister Lindemann, der klipp und klar sagt: Wir müssen die Haltungsbedingungen den Tieren anpassen und nicht umgekehrt.

Ganz kurz zum ökologischen Landbau. Man kann feststellen: Qualität setzt sich durch. Wir sind mit 5,9 Prozent meilenweit von den ursprünglich angedachten 20 Prozent entfernt; das wissen Sie. Geben Sie diesem Landbau eine faire Chance, indem Sie die Mittel für den ökologischen Landbau nicht auch der konventionellen Landwirtschaft zur Verfügung stellen.

Insgesamt möchte ich sagen: Lassen Sie uns die Signale, die heute aus Ihrer Richtung gekommen sind, aufgreifen und gemeinsam versuchen, eine positive Entwicklung zum Vorteil der Verbraucher, der Tiere und auch der Produzenten zu erreichen. Ich schlage Ihnen vor, das Motto, das dieses Bundesministerium auf der Grüne Woche ausgegeben hat, ernst zu nehmen: „Verbraucher und Landwirtschaft – Gemeinsame Verantwortung für Mensch, Tier und Umwelt“. Gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(B) Handeln Sie entsprechend, und stimmen Sie unseren Anträgen zu. Dann sind wir auf einem guten Weg.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank, Kollege Heinz Paula. – Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/7186 und 17/8378 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf Drucksache 17/5299. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion der Sozialdemokraten auf Drucksache 17/2479 mit dem Titel „Gemeinsame europäische Agrarpolitik nach 2013 weiterentwickeln“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenprobe! – Das ist die Fraktion der Sozialdemokraten. Enthaltungen? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Linksfraktion. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

(C) Unter Buchstabe b empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/4542 mit dem Titel „Gemeinsame Europäische Agrarpolitik nach 2013 – Förderung auf nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft ausrichten“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenprobe! – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Sozialdemokraten und Linksfraktion. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der SPD mit dem Titel „Gemeinsame Europäische Agrarpolitik nach 2013 – Konzept zum ‚Greening‘ der Direktzahlungen vorlegen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/7413, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/6299 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenprobe! – Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Linksfraktion. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

(D) Tagesordnungspunkt 10 d. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der SPD mit dem Titel „Klare Regelungen für Intensivtierhaltung“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/7198, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/6089 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenprobe! – Das sind alle drei Oppositionsfraktionen. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Tagesordnungspunkt 10 f. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Agrarförderung in Deutschland und Europa geschlechtergerecht gestalten“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/6385, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/5477 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen und Teile der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenprobe! – Fraktion Die Linke. Enthaltungen? – Fraktion der Sozialdemokraten. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Jetzt sind wir schon am Ende dieses Tagesordnungspunktes. Aber alle sind herzlich eingeladen, die weiteren Beratungen des heutigen Abends hier zu verfolgen und den Rednern zu lauschen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 14 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulla Jelpke, Wolfgang Gehrcke, Paul Schäfer (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Abschiebestopp und Bleiberecht für Flüchtlinge aus Syrien

– Drucksache 17/8456 –